

Wo sind die Flaggen für Israel?

Diskussionsrunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft: Vermisst werden klare Zeichen der Solidarität im Alltag

Von Thomas Wolff

DARMSTADT. Sichtbar Flagge zeigen für Israel, im Alltag, auf der Straße, im Verein: Das wünschten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Diskussion im Justus-Liebig-Haus am Montagabend. „Es hilft nur, Präsenz zu zeigen“, erklärte ein Mann aus dem Publikum. Er empfahl, die israelische Staatsflagge als Symbol beispielsweise an der Umhängetasche zu tragen. Und die Reaktionen als Gelegenheit zu nutzen, seinen Standpunkt klar zu machen.

Viel hörbare Zustimmung gab es auf diesen konkreten Vorschlag nicht im Foyer des Hauses, in dem sonst Stadtverordnete die Darmstädter Tagespolitik diskutieren. Rund 40 Menschen waren der Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) gefolgt; Thema: „Nach dem 7. Oktober – aktuelle Situation und die Auswirkungen“. Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD) erklärte eingangs, er wünsche sich, dass diese Veranstaltung als „kleines Zeichen der Solidarität von Darmstadt aus“ wirken möge. Wie diese Solidarität aussehen könnte, darum drehten sich viele Beiträge an diesem Abend.

Relativierung des Terrors ist „belastend“

Die Gäste auf dem Podium beklagten einhellig die „Ja, aber“-Haltung zum Krieg in Nahost, die in Teilen der deutschen Gesellschaft herrsche. Moderator Paul Wandrey, CDU-Stadtrat, verortet diese relativierende Haltung in der gesellschaftlichen Mitte. Jonas Kruthoff, Mitglied des Jungen Forums der DIG, bestätigte diese Sichtweise: Die Solidarität mit Israel werde von vielen Nicht-Juden eingeschränkt mit dem Argument der humanitären Not vieler Palästinenser. „Das ist eine politische Diskussion, die man führen kann“, sagte Kruthoff, „aber nicht in einer



Israel-Flagge auf dem Luisenplatz: Das Zeichen der Solidarität wurde zweimal von Kriminellen abgerissen. Jetzt weht sie vom Langen Ludwig. Archivfoto: Guido Schiek

Situation, in der jemand trauert.“ Den Tag des Terrors vom 7. Oktober, da war sich das Podium einig, hätten viele Menschen hierzulande schon wieder fast vergessen.

Tatiana Kvetnaya, Vorsitzende des Verbands Jüdischer Studierender Hessen, erklärte: Diese Art von Relativierungen „ist für viele von uns belastend“. Sie falle zudem in eine Phase, in der viele junge Jüdinnen und Juden in Deutschland eigentlich auf anderem Kurs unterwegs waren. Nicht mehr nur über Antisemitismus reden, nicht mehr auf gepackten Koffern sitzen, sondern mehr Selbstbewusstsein zeigen: Das war die Richtung. „Das wurde am 7. Oktober deutlich erschüttert“, sagt Kvetnaya – und auch durch die Relativierungen danach.

Auch in der Darmstädter

Stadtgesellschaft vermisst Philip Krämer, Bundestagsabgeordneter für die Grünen und Vorsitzender der Darmstädter DIG, klare Zeichen der Solidarität mit Israel. Nach dem Beginn der russischen Angriffe auf die Ukraine habe man viele blau-gelbe Flaggen in den Fenstern und an den Balkonen gesehen. Wo waren die israelischen Flaggen nach dem 7. Oktober? Krämer: „Ich würde mir eine größere Solidarität mit der Jüdischen Gemeinde wünschen.“

Der DIG-Vorsitzende erinnerte auch daran, dass zu einer Solidaritäts-Kundgebung, zu der führende Politiker in Darmstadt aufgerufen hatten, nur rund 50 Menschen gekommen waren. Kurz vor der aktuellen Diskussion hatten sich am Kappellplatz immerhin mehr als 100 Menschen eingefunden,

um am wöchentlichen Friedensgebet teilzunehmen, das sich gegen Krieg und Antisemitismus richtet. Größere pro-israelische Demonstrationen wie unlängst in Paris aber vermisst Krämer hierzulande.

Rufe nach besserer Bildungsarbeit

Was also tun? Kindern und Jugendlichen den Nahost-Konflikt besser erklären, wie vielfach gefordert? Die Politik in die Pflicht nehmen, um die Aufklärungsarbeit zu verbessern? Jonas Kruthoff findet, die Rufe nach besserer Bildungsarbeit „wirken etwas hilflos gegenüber einem antisemitischen Mob auf den Straßen“. Er empfahl jedem Einzelnen, im Alltag aufmerksam zu sein für antisemitische und anti-israelische Äußerungen und das klar anzu-

sprechen, beispielsweise im Vereinsleben.

Vom Besuch von Demonstrationen und Veranstaltungen zum Thema, befand ein Mann aus dem Publikum, sollte sich jedenfalls niemand abhalten lassen. Auch nicht von der Tatsache, dass Polizei nötig sei, damit diese stattfinden können. Vor kurzem war ein starkes Aufgebot an Sicherheitskräften im Einsatz, um den Besuchern einer Gedenkstunde zur Pogromnacht in der Synagoge Schutz zu bieten.

Auch die Veranstaltungen der Jüdischen Kulturwochen in Darmstadt kommen derzeit nicht ohne solchen Apparat aus. Und auch vor dem Justus-Liebig-Haus stand an diesem Abend deutlich sichtbar ein Einsatzfahrzeug; zwei Beamte in Uniform bewachten den Ein- und Ausgang.